Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingesandt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. V.: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 175 | Dresden, Donnerstag, 30. Juli | 1925

Die zweite Lesung der Einkommensteuer beendet — Tumultszenen

Sitzung des Reichstages vom 29. Juli

Der Notetat für 1925 wird ohne Debatte dem Haushaltausschuß überwiesen. — Die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt beim § 50, der den Steuertarif regelt.

Abg. Dr. **Brüning** (Ztr.) begründet dazu einen Änderungsantrag der Regierungsparteien, wonach sich das steuerfreie Existenzminimum von 1100 M. erhöhen soll: 1. für die Ehefrau um 100 M., 2. für das erste Kind um 100 M., 3. für das zweite Kind um 180 M., 4. für das dritte Kind um 360 M., 5. für das vierte und jedes folgende Kind um je 450 M. im Jahre. Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Einkünfte beziehen, werden nicht gerechnet. Der Antrag geht in der 1. Stufe um 25 M. über die Ausschußvorlage hinaus und läßt die nach dem Ausschußbeschluß erst für das vierte Kind eintretende Erhöhung um 360 M. schon beim dritten Kind eintreten.

Zum § 52 wird der Abzug folgender Beträge vorgesehen: 1. 600 M. als steuerfreier Einkommensteil, wenn das Einkommen den Betrag von 10000 M., jährlich nicht übersteigt; 2. für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 8 Proz. des über 600 M. hinausgehenden Einkommens, jedoch mindestens für die Ehefrau 100 M., für das erste Kind 100 M., für das zweite Kind 180 M., für das dritte Kind 360 M., für das vierte Kind und jedes folgende Kind 450 M. und höchstens 540 M. für die Ehefrau und jedes Kind, insgesamt nicht mehr als 8000 M.

Zur Lohnsteuer wird von den Regierungsparteien beim § 70 beantragt, daß außer dem steuerfreien Existenzminimum von 960 M. jährlich (80 M. monatlich) vom Steuerabzug befreit bleiben für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 10 Proz. des Arbeitslohns, der über das Existenzminimum hinausgeht. Mindestens sollen das sein für die Ehefrau 120 M., jährlich, für das erste Kind 120 M. jährlich, für das zweite Kind 240 M. jährlich und für das dritte Kind 360 M. das vierte und jedes folgende Kind je 600 M. jährlich.

Abg. **Vogel** (Soz.): Wenn wir an das Vorspiel dazu im Ausschuß und im Plenum denken, so müssen wir den jetzigen Antrag der Regierungsparteien als den Ausfluß ihres bösen Gewissens und als ein Ablenkungsmanöver ansehen. Im Ausschuß hat man uns nicht einmal Zeit zur Beratung gelassen. Lange Zeit hindurch hat die Lohnsteuer 70 bis 80 Proz. der gesamten Einkommensteuer erbracht, und ebenso lange würde ein großes Unrecht an den Lohnsteuerpflichtigen verübt. Der Antrag der Regierungsparteien beseitigt dieses Unrecht nicht. Die Regierung hatte die Erhöhung des lohnsteuerfreien Einkommens mit der Behauptung bekämpft, der Steuerausfall würde dadurch unerträglich werden. Wir halten unseren Antrag auf Erhöhung des lohnsteuerfreien Einkommens von 80 auf 100 Mark im Monat aufrecht. Der Antrag der Regierungsparteien bringt sogar noch eine wesentliche Verschlechterung für die kinderreichen Familien, und das angesichts der immer unerträglicher werdenden Steigerung der Lebenshaltungskosten (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Mehrbelastung ist umso größer, je kinderreicher eine Familie ist. (Hört! Hört! b. d. Soz.) So sieht die Sozialpolitik und die Bevölkerungspolitik der Regierungsparteien aus!

Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo das Versprechen des Reichsfinanzministers, daß bis 100 Mark Einkommen im Monat steuerfrei gelassen werden sollen, in Erfüllung gehen muß.

Vergleicht man die Belastung der Lohnempfänger bei uns mit der im Ausland,

besonders in England, so ergibt sich nach den Beschlüssen des Ausschusses für uns ein weit ungünstigeres Bild. Hätte die Regierung schon früher an die Stelle der prozentualen Abzüge die jetzigen festen, die wir begrüßen, wie wir sie längst schon gefordert haben, gesetzt, so wäre manche Härte bei der Erhebung der Lohnsteuer vermieden worden. Unsere endgültige Stellungnahme zur Lohnsteuer müssen wir uns noch vorbehalten. Sie wird davon abhängen, welche Haltung die Regierungsparteien zu unseren Anträgen einnehmen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Koenen** (Komm.) bekämpft das Lohnsteuersystem an sich. Die Lohnsteuer benachteiligt schon dadurch die Arbeitnehmer, daß sie ungekürzt gezahlt werden muß, auch wenn in den nächsten Monaten der Steuerpflichtige arbeitslos wird.

Abg. **Schneider** (Dem.) bezeichnet den Kompromißantrag als den

Gipfel der Kompliziertheit,

während der Zweck der Steuerreform doch eine Vereinfachung war. Der Antrag sei auch so wenig durchdacht und so unreif, daß er eigentlich an den Ausschuß zurückverwiesen werden müßte, wenn dazu noch Zeit wäre. Die jetzige Regelung der Lohnsteuer sei sozial aufreizend.

Abg. **Höllein** (Komm.) erklärt, seine Freunde würden auf das Ferienbedürfnis der Regierungsparteien keine Rücksicht nehmen, sondern bis zum Ende ihre Pflicht als Steuer- und Zollopposition erfüllen.

Staatssekretär **Popitz** wendet sich gegen die Anträge der Opposition, deren Annahme nach seiner Ansicht einen

finanziellen Ausfall von vielen hundert Millionen Mark

herbeiführen würde.

Abg. Dr. **Hertz** (Soz.): Dieses System der festen Abzüge und der prozentualen Berechnungen ist für die Beteiligten so undurchdringlich, daß nur ein kleiner Teil der Lohnsteuerpflichtigen die Möglichkeit zur Nachprüfung haben wird. Damit ist aber auch das Urteil über das System dieses Antrages gefällt.

Neben der Unübersichtlichkeit des Systems,

das durch den Antrag der Regierungsparteien geschaffen werden soll, bringt es gerade für solche Kreise Verschlechterungen, die sozial besonders schutzbedürftig sind. Das trifft zu auf die mittleren Gruppen. Wie können Sie es verantworten, gerade den Angestellten und gewerblichen Arbeitern, die unter den augenblicklichen starken Steigerungen der Lebenshaltungskosten so zu leiden haben, noch größere Lasten aufzuerlegen, während Sie für alle übrigen Gruppen die Steuerlasten verringern. Meine Freunde werden nicht für diesen Antrag stimmen, sondern müssen Ihnen die Verantwortung dafür überlassen. Es muß vor allem vermieden werden, daß das Existenzminimum umso höher wird, je höher das Einkommen ist. In allem Ernst erklären wir der Regierung: Die Lohnsteuer läßt sich nur verteidigen, wenn ein einfaches, klares System geschaffen wird mit festen Abzügen. Unser Eventualantrag bewegt sich hart an der Grenze des Erträglichen; er nimmt die weitestgehende Rücksicht auf die Reichsfinanzen. Wenn Sie nicht wollen, daß bei den Lohnsteuerpflichtigen ein Gefühl der Bitterkeit zurückbleibt, so müssen Sie dem Antrag meiner Fraktion zustimmen. (Lebhafter Beif. b. d. Soz.)

Abg. **Neubauer** (Komm.) weist darauf hin, daß die allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter, die wegen der einsetzenden Teuerung in nächster Zeit erfolgen müsse, den Ertrag der Lohnsteuer wesentlich erhöhen werde, sodaß eine entsprechende Erhöhung des Existenzminimums unbedingt geboten sei.

Abg. **Schneider** (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Staatssekretärs Popitz und betont, es sei ganz unmöglich, die finanzielle Wirkung des plötzlich eingebrachten Kompromißantrages genau zu berechnen.

Staatssekretär **Popitz** hält die Auslegung des Antrages durch den Abg. Schneider für unzutreffend. Eine andere Formulierung werde später erfolgen. (Gr. Unr. und Protestrufe links.)

Abg. Dr. **Hertz** (Soz.): Es ist bezeichnend für die Steuerpolitik der Regierung und der Regierungsparteien, daß sie kurz vor der Abstimmung noch nicht einmal eine klare Formulierung ihrer Anträge gefunden haben. — Damit schließt die Aussprache über diesen Abschnitt.

Präsident Loebe teilt mit, daß inzwischen von den Regierungsparteien ein handschriftlicher Antrag eingegangen ist, der

eine andere Formulierung des Kompromißantrages zum § 70

vorsieht. Danach bleiben für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Proz. des Arbeitslohnes, der über das Existenzminimum hinausgeht, vom Steuerabzug frei. Es bleiben steuerfrei für die Ehefrau 120 M., für das erste Kind 120 M., für das zweite Kind 240 M., für das dritte Kind 480 M., für das vierte und jedes folgende Kind je 600 M. jährlich, wenn der nach Ziff. 1—5 insgesamt steuerfrei bleibende Betrag höher ist als der nach Ziff. 1 insgesamt steuerfrei bleibende Betrag.

Abg. Dr. **Hertz** (Soz.) erklärt, es sei ganz unmöglich, den Sinn dieses im letzten Augenblick eingebrachten Antrages im Moment zu verstehen. Die Abstimmung müsse zurückgestellt und eine neue Aussprache darüber zugelassen werden.

Auf Vorschlag des Präsidenten **Loebe** wird die Abstimmung über die §§ 52 und 70 zurückgestellt, bis der neue Antrag der Regierungsparteien gedruckt vorliegt.

Beim § 50 werden die Anträge der Opposition abgelehnt und der Antrag der Regierungsparteien wird angenommen. — Die §§ 51 und 53 werden nach der Ausschußvorlage angenommen. — § 54 setzt nach der Ausschußvorlage für die Einkommensteuer folgenden Tarif fest:

Bis 3000 M. Einkommen 10 Proz., für die weiteren angefangenen oder vollen 4000 M. Einkommen 12½ Proz., für die weiteren 4000 M. 25 Proz., die weiteren 4000 M. 29 Proz., die weiteren 8000 M. 25 Proz., die weiteren 18000 M. 30 Proz., die weiteren 34000 M., 35 Proz. und für die weiteren Beträge des Einkommens 40 Proz.

Abg. **Eggerstädt** (Soz.) stellt fest, daß in den wichtigsten anderen Staaten die hohen Einkommen schärfer, die unteren Einkommen dagegen niedriger besteuert werden als in Deutschland. Die Regierung der Rechtsparteien geht den bequemen Weg, alles den breiten Massen aufzubürden. Der sozialdemokratische Antrag will die niedrigen Einkommen und die kinderreichen Familien schonen, dafür aber die großen Einkommen schärfer heranziehen. Die Sozialdemokratie bewegt sich mit ihren Forderungen zum Tarif durchaus in den Grenzen des wirtschaftlich Erträglichen und Durchführbaren.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. **Weber** (Komm.) wird § 54 unter Ablehnung der Änderungsanträge in der Ausschußfassung angenommen. — Die weiteren Paragraphen bis § 60 werden unter Ablehnung der Änderungsanträge der Opposition in der Ausschußfassung angenommen.

Die Flottendebatte im englischen Unterhaus.

Macdonald und Lloyd George gegen die Regierungsvorlage.

London, 29. Juli.

Im Verlaufe der heute fortgesetzten Erörterung des Flottenvoranschlags im Unterhaus erklärte der Parlamentssekretär der Admiralität **Davidson**, die beiden Schlachtschiffe „Nelson" und „Rodney" würden gegen Ende dieses Jahres bez. 1927 fertiggestellt sein. Zwei der in dem Flottenprogramm der Regierung vorgesehenen fünf Kreuzer würden im Mai 1927 und die drei anderen wahrscheinlich im Oktober 1927 fertiggestellt sein. Der Bau der geplanten Minenleger und Zerstörer würde im Juni nächsten Jahres beendet sein. — Der geforderte Kredit in Höhe von rund 58 Millionen Pfund Sterling sei die Gesamtsumme für das ganze Programm. — In der Aussprache erklärte **Macdonald**, einer Regierung, welche heute 58 Millionen für den Bau von Kriegsschiffen fordere und wenige Tage zuvor erklärt habe, es sei ihr unmöglich, ein Viertel dieser Summe zu finden, um die im Pensionsgesetz vorgesehenen Renten ausreichend zu gestalten, müsse das Mißtrauen des Parlaments ausgesprochen werden. Macdonald fragte, wo die Gefahr für die britische Nation zu suchen sei. Niemand würde zu sagen wagen, daß Amerika oder Japan der mögliche Feind seien. Wenn Frankreich der mögliche Feind sei, sei das Programm überhaupt kein Flotten-, sondern ein Luftflottenprogramm. Die Ausrüstung Englands sei im gegenwärtigen Augenblick mehr als genügend. Macdonald fragte,

ob der Zweck der geplanten Neubauten sei, die Flotte auf einen Zwei-Mächte-Standard zu bringen. Wenn das der Fall sei, so würde das Programm der britischen Admiralität bedeuten eine Aufforderung an andere Nationen für einen Rüstungswettbewerb. Was werde die Einwirkung dieses Programms auf eine Abrüstungskonferenz sein, für die keine Vorbereitungen getroffen würden? Eine Regierung, welche eine Abrüstungskonferenz aktiv fördere, dürfe im gegenwärtigen Augenblick auch nicht eine Tonne bauen.

Macdonald beantragte die Verminderung des Voranschlags. Das vorgelegte Programm werde den Frieden der Welt zerstören. — Auch Lloyd George erklärte sich gegen das Regierungsprogramm und fragte die Regierung, ob sie eine Gefahr im Stillen Ozean in den nächsten zehn Jahren sehe. Lloyd George kritisierte dann die Haltung der Admiralität in bezug auf das Flottenprogramm und sagte, die Admiralität habe sich die Stellung eines unabhängigen souveränen Staates angemaßt. Dies bedeute Autokratie an Stelle von parlamentarischer Regierung. Lloyd George nahm dann Bezug auf die Kritik ausländischer Zeitungen und sagte,

es sei zwecklos, die Abrüstung zu predigen mit der Bergpredigt in der einen Hand und den Auftrag von 58 Millionen für den Bau von Kriegsschiffen in der anderen Hand. Dies zerstöre das moralische Prestige Großbritanniens.

Nach Lloyd George nahm der Schatzkanzler Churchill das Wort. Die Debatte dauert an.

Der Antrag Ramsay Macdonalds, den Flottenetat herabzusetzen, wurde mit 267 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

*

Noch keine Entscheidung im Bergbaukonflikt.

London, 29. Juli.

Das Kabinett hat sich in seiner heutigen Vormittagssitzung erneut mit der Lage im Bergbau beschäftigt. Dem Vernehmen nach ist man noch nicht zur endgültigen Entschließung über die Gewährung finanzieller Beihilfe zur Behebung der gegenwärtigen Notlage gelangt. Premierminister Baldwin hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem Vollzugsausschuß der Bergarbeiter. Im Laufe des Nachmittags soll unter seinem Vorsitz eine gemeinsame Besprechung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfinden.

*

Streikunruhen in Wales.

London, 29. Juli.

Im walisischen Kohlengebiet kam es heute in der Gegend von Carmarthenshire zu Streikunruhen. Die Ausständigen stürzten sich auf eine Kohlenzeche und der Pöbel überwältigte zeitweise die Polizei. An verschiedenen Stellen wurden Sprengstoffe zur Entzündung gebracht, aber dadurch nur geringer Schaden angerichtet, außer daß Fensterscheiben in Trümmer gingen. Ein Sonderaufgebot von Polizei wurde in das Gebiet der Unruhen entsandt.

*

Die internationale Streikaktion.

Die deutschen Vertreter protestieren.

Paris, 29. Juli.

In seinem Bericht über die Sitzung des Exekutivkomitees des internationalen Bergarbeiterverbandes führt „Matin" aus, daß der Vorschlag der englischen Delegation, in verschiedenen Ländern einen allgemeinen Streik zu beginnen, von der deutschen Delegation lebhaft bekämpft wurde und eine erregte Diskussion auslöste. Die angenommene Resolution beseitigt die Verpflichtung zu einem allgemeinen internationalen solidarischen Generalstreik. Vor der Abreise nach England hat der englische Vertreter Cook erklärt, daß der Bergarbeiterstreik ihm unvermeidlich erscheine und daß, wenn er nicht bereits am kommenden Freitag einsetze, der Streik 8 oder 14 Tage später ausbrechen dürfte. — „Petit Journal" hebt ebenfalls hervor, daß, während die Delegierten fast sämtlicher Länder bereit gewesen seien, den Engländern ihre vollkommene Hilfe zu gewähren, die deutschen Vertreter nicht verheimlicht hätten, daß sie an einer internationalen Streikbewegung nicht teilnehmen werden.